



© LWB/J. Latva-Hakuni

# Angenommene Resolutionen

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die Resolution zum Thema Geschlechtergerechtigkeit anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

## HINTERGRUND

Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden. (Mt 5,6)

Während der Vorbereitenden Konsultation der Frauen zur Vollversammlung und während der Sitzungen, die im Vorfeld der regionalen vorbereitenden Konsultationen stattfanden, haben sich weibliche Mitglieder des Lutherischen Weltbundes mit Fragen befasst, die die

konkrete Verwirklichung des Evangeliums im Leben betreffen. Für den ganzen Leib Christi, für die ganze Kirchengemeinschaft ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die sündhaften Auswirkungen einer allgegenwärtigen patriarchalischen Kultur einmütig anzuprangern sowie Herrschaftsansprüche jeglicher Art zu hinterfragen. Nur durch eine solche Zusammenarbeit von Männern und Frauen können die Sichtweisen und Gaben der Frauen auf allen Ebenen der Kirche voll einbezogen werden.

Führungsverantwortung für Frauen in Kirche und Gesellschaft, Menschenhandel und die ungerechte Verteilung von Nahrungsmitteln sind die Themen, bei denen wir alle nach Gerechtigkeit schreien. Erheben wir unsere Stimme und treten wir ein für Solidarität, gegenseitige Achtung, Weggemeinschaft und Wandel, damit Gerechtigkeit wird.

In Übereinstimmung mit der biblischen Botschaft, dass wir Ebenbilder Gottes sind (1.Mose 1,27), und unter Berücksichtigung früherer Erklärungen des Lutherischen Weltbundes (insbesondere der Siebenten Vollversammlung

1984 in Budapest sowie der Achten Vollversammlung 1990 in Curitiba, im Kommuniké „Die andauernde Reformation der Kirche. Das Zeugnis von ordinierten Frauen heute“, Genf, März 2008, in den Resolutionen und Beschlussfassungen des LWB-Rates im Oktober 2009 sowie in der Lutherischen Welt-Information 12/2009) fordern wir Veränderungen in der Welt und insbesondere innerhalb unserer eigenen Kirchen.

Wir unterstreichen die positiven Beiträge von Frauen im ordinierten Amt zum Dienst der Kirche und zur Ekklesiologie. Die vollständige Integration ordinierten Frauen in das Leben der Kirche erfordert, dass Macht und Dienst gemeinschaftlich wahrgenommen werden auf der Grundlage eines entsprechenden theologischen Amtsverständnisses und der Schaffung von Strukturen, die allen zugänglich und förderlich sind.

Wir sind uns bewusst, dass der Mangel an umfassender Partizipation von Frauen in Kirchen und in der Gemeinschaft des LWB eine theologische Frage ist, der sich die Kirchengemeinschaft und ihre Mitgliedskirchen stellen müssen.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Wir rufen die Vollversammlung auf, die Mitgliedskirchen dringend aufzufordern, sich erneut zu verpflichten auf eine ernsthafte, praktische und wirksame Umsetzung der Richtlinien und Entscheidungen des LWB mit Blick auf die volle Teilhabe der Frauen am Leben der Kirche – und der LWB-Kirchengemeinschaft – wie auch in der Gesellschaft.

Wir fordern die Mitgliedskirchen auf, die nötigen kirchenrechtlichen Regelungen zu treffen und Richtlinien aufzustellen, damit ermöglicht und sichergestellt wird, dass Frauen – als Ordinierte und Lai/innen – Leitungsverantwortung übernehmen und die Möglichkeit haben, einer theologischen Ausbildung nachzugehen. Wir bitten diejenigen Kirchen, die keine Frauen ordinieren, im Gebet zu prüfen, welche Auswirkungen ihre Untätigkeit und ihre Ablehnung in diesem Zusammenhang für die haben, denen die Ausübung ihrer gottgegebenen Berufung verwehrt wird, weil sie Frauen sind. Der Schmerz dieses Ausgeschlossenseins und der Verlust gottgegebener Gaben werden von der ganzen Kirche erlitten.

Wir fordern die Mitgliedskirchen und das LWB-Sekretariat auf, für alle Aspekte des Lebens in den Kirchen der Communion, einschliesslich der Diakonie und Anwaltschaftsarbeit, die Genderanalyse als biblisch-theologisches Hilfsmittel einzuführen.

Wir sprechen uns für einen klaren Aktionsplan zur Erarbeitung kontextbezogener Gender-Richtlinien aus, die auf allen Ebenen der Mitgliedskirchen umsetzbar und für das LWB-Sekretariat verbindlich sind. Wir fordern den Rat auf, einen solchen richtungsweisenden Prozess zu konzipieren und zu genehmigen.

Wir fordern dazu auf, ordinierte und nicht-ordinierte Frauen, die Leitungsverantwortung ausüben, insbesondere

aber Bischöfinnen und Präsidentinnen, als unersetzliche Mitglieder der Kirchengemeinschaft zu unterstützen.

Wir fordern den LWB und seine Mitgliedskirchen auf, häusliche Gewalt eindeutig zu verurteilen und das Recht eines jeden Menschen anzuerkennen, sich auch im eigenen Zuhause sicher zu fühlen und mit Respekt behandelt zu werden.

Wir rufen den Rat auf, das Thema Geschlechtergerechtigkeit als ständigen Punkt in seine Tagesordnung aufzunehmen. Angesichts des Ungleichgewichtes zwischen männlichen und weiblichen Jugendvertreter/innen auf dieser Vollversammlung sollte der Rat dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die Resolution zum Thema Menschenhandel anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Die Kirche ist aufgefordert, Anwaltschaftsarbeit und Bewusstseinsbildung, einschliesslich der Vermittlung angemessenen Wissens über die eigene Sexualität, zu betreiben, Strategien zu entwickeln, um Unwissen zu überwinden, und die Sünde, die der Menschenhandel darstellt, anzuprangern.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Wir rufen den LWB und seine Mitgliedskirchen auf, eine umfassende Sexuaufklärung zu unterstützen und anzubieten, um alle Frauen und Männer zu befähigen, Verantwortung für den eigenen Körper und die eigene Sexualität zu übernehmen.

Wir rufen die Kirchengemeinschaft auf, eine Führungsrolle zu übernehmen im Sinne von Predigt, Lehre und anderen Formen öffentlichen Zeugnisses gegen die kommerzielle Ausbeutung von Menschen.

Wir rufen die Kirchengemeinschaft auf, der negativen Wertung des weiblichen Körpers entgegenzuwirken und dazu Handreichungen und Materialien in lokalen Sprachen zu erarbeiten.

Wir rufen den LWB auf, die Kommerzialisierung des menschlichen Körpers in den Medien, insbesondere der Körper von Frauen und Kindern, klar und deutlich anzuprangern.

Wir rufen die Kirchengemeinschaft auf, den Aufbau von Partnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Gesellschaft zu fördern; mit dem Ziel, auf Gesetze hinzuwirken, die befreite Opfer des Menschenhandels schützen, und an der Verwirklichung kulturellen Wandels und der Beseitigung des Menschenhandels mitzuwirken.

Die Vollversammlung hat

## **BESCHLOSSEN: die Resolution zu einer Prioritätensetzung bei der Befreiung der Dalits und der Wiederherstellung ihrer Menschenwürde anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **HINTERGRUND**

In Dankbarkeit würdigen wir den Präsidenten des Luthertischen Weltbundes, den Leitenden Bischof Mark Hanson, für die Solidarität und Unterstützung, die er uns, den Dalits, in unserer Hoffnung auf und unserem Streben nach einem neuen Morgen entgegengebracht hat.

Wir sind Pfr. Dr. Ishmael Noko zu Dank verpflichtet für seinen leidenschaftlichen Aufruf an die Elfte Vollversammlung, gemeinsam danach zu streben, die lebensverändernde Bitte „Unser tägliches Brot gib uns heute“ in ihrer Fülle zu verwirklichen.

Diese historische Elfte Vollversammlung des Luthertischen Weltbundes ergreift die mutige Initiative, die trennenden Mauern niederzureissen und somit die Beziehungen zwischen Mennonit/innen und Lutheraner/innen in eine gewandelte, Zukunft voller Harmonie zu weisen.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Wir rufen den LWB auf, die Befreiung und die Wiederherstellung der Menschenwürde der 250 Millionen unterdrückten und diskriminierten Dalits in Indien, Nepal und Südostasien als eine der Prioritäten der Mission, der Arbeit und des Zeugnisses vom Evangelium Jesu, des Befreiers, zu behandeln.

Die Vollversammlung hat

## **BESCHLOSSEN: die Resolution zur Global Priorities-Kampagne anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **HINTERGRUND**

#### ***Die Global Priorities-Kampagne***

Die neue internationale Global Priorities-Kampagne nimmt die weltpolitische Prioritätensetzung in den Blick und stellt den Zusammenhang her zwischen atomarer Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen und einer Reihe breiter gefasster Ziele. Sie stellt die Herausforderung der Abrüstung in einen neuen Bezugsrahmen, indem sie den Abbau des Kernwaffenarsenals mit dem Wohl der Kinder der Welt verknüpft mit dem Ziel, die weltweiten Anstrengungen im Blick auf Ernährung, Gesundheit und Bildung von Kindern zu intensivieren.

Die Konferenz der Vertragsparteien im Jahr 2010 zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in New York unterstrich die Notwendigkeit, einen globalen Pakt zu schliessen, der über politische Differenzen hinausgeht und die Zivilgesellschaft einbezieht. Ein massiver Abbau der Kernwaffenarsenale bietet die Möglichkeit, zusätzliche Geldmittel freizusetzen, mit deren Hilfe in dieser Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit der Not begegnet werden könnte, der über viele Jahre zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Ein solcher Abbau ist erforderlich, sowohl um die internationale Sicherheit zu verbessern als auch um das Überleben von mehr Kindern weltweit und das Wohl zukünftiger Generationen zu sichern.

Seit 25 Jahren, seit die Präsidenten Reagan und Gorbatschow 1986 kurz davor standen, sich auf die Abschaffung der Atomwaffen zu einigen, drängen politische Verantwortungsträger/innen auf einen drastischen Abbau der Kernwaffenarsenale der USA und der Russischen Föderation. Ein derzeit dem US-Kongress vorgelegter, von Angehörigen beider Parteien getragener Gesetzentwurf (H. Res. 278) mit dem Titel „Global Security Priorities Resolution“ (Resolution zu Prioritäten der weltweiten Sicherheit) wurde von dem Demokraten Jim McGovern und dem Republikaner Dan Lungren eingebracht. Er spricht sich zunächst für einen Abbau der US-amerikanischen und russischen Arsenale auf 1.000 einsatzbereite Atomsprengköpfe und insgesamt nicht mehr als 3.000 je Seite aus, der in naher Zukunft erreicht werden soll. Gleichzeitig geht es in H. Res. 278 um die sinnvolle Nutzung der durch den Abbau der Atomwaffenarsenale erzielten Einsparungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der Marshall-Plan, ein ökonomisches Wiederaufbauprogramm der USA, nicht nur den europäischen Alliierten, sondern auch den ehemaligen Feinden zugute. Nach dem Vorbild dieser Anstrengungen eröffnen auch H. Res. 278 und ähnliche Vorschläge die Möglichkeit, nationale und internationale Prioritäten zu ändern. Die durch den Abbau der Atomwaffenarsenale in den USA, der Russischen Föderation und bei anderen Atommächten erzielten Einsparungen können genutzt werden, um bisher ungelinderter menschlicher Not zu begegnen. Einigen Grundursachen für Gewalt könnte so entgegengewirkt und die Abhängigkeit von Atomwaffen verringert werden.

Die jährlich für die Unterhaltung allein der US-amerikanischen Atomwaffen im aktuellen Umfang anfallenden Kosten werden auf nahezu USD 50 Milliarden geschätzt. Selbst wenn in den ersten Jahren des Abbaus nur zehn Prozent Einsparungen erreicht werden könnten, würde für das Überleben von Kindern und für humanitäre Entwicklungsprogramme eine wichtige Einnahmequelle geschaffen. Den Abbau von Atomwaffen mit dem Wohl der Kinder weltweit zu verbinden könnte dazu beitragen, Sympathien für den Terrorismus abzubauen und gleichzeitig eine breitere internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten mit und ohne Atomwaffen zu fördern. In armen Ländern wie Somalia, dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo, dem Jemen und Afghanistan hemmt die Geißel von Armut und Hunger die menschliche Entwicklung. Ein Programm, das auf arme Bevölkerungsgruppen und fragile Staaten ausgerichtet

ist und direkt mit den Mitteln finanziert wird, die durch eine massive Reduzierung der Atomwaffenbestände frei werden, hätte eine heilsame Wirkung auf Frieden und Sicherheit weltweit.

Eine Resolution der Vereinten Nationen, die noch in diesem Jahr eingebracht werden soll, würde helfen, die Voraussetzungen für konkrete internationale Massnahmen dieser Art in den kommenden Jahren zu schaffen. Die Resolution würde eine feste Verbindung schaffen zwischen dem Abbau von Atomwaffenarsenalen und humanitären Anstrengungen in aller Welt. Durch die Nutzung von Finanzmitteln aus der Abrüstung könnten Programme von UNICEF oder anderen Organisationen, die ähnliche Arbeit leisten, durchgeführt werden, die das Überleben von Kindern weltweit sichern und den entsprechenden Bedürfnissen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Bildung Rechnung tragen.

Bedenkenswert ist weiterhin:

Etwa 25.000 Kinder sterben jeden Tag weltweit an vermeidbaren Ursachen.

Die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation unterzeichneten im April 2010 den neuen Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (New START) und sind bestrebt, Abkommen zum Abbau strategischer Waffen auszuweiten sowie über Wege nachzudenken, wie der Abbau weiter vorangetrieben und Überprüfungsmechanismen gestärkt werden können.

Eine Studie der Carnegie Endowment for International Peace (Stiftung für den internationalen Frieden) führt eine Schätzung des US-Verteidigungsministeriums an, wonach allein in den USA im Jahr 2008 mindestens USD 52 Milliarden für Atomwaffen und damit verbundene Programme ausgegeben wurden.<sup>1</sup>

Die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation besitzen 95 Prozent aller Atomwaffen weltweit.

Gesundheitsexperten aus aller Welt schätzten 2005, dass die zusätzliche Aufwendung von USD 5,1 Milliarden pro Jahr für bewährte globale Massnahmen zur Sicherung des Überlebens von Kindern jährlich etwa sechs Millionen Kindern das Leben retten könnten.<sup>2</sup>

Es müssen praktische Wege gefunden werden, um unproduktive Militärausgaben zu senken und wirkungsvolle humanitäre Ausgaben zu erhöhen.

Derzeit läuft die erste einer Reihe internationaler Petitionen, die von bedeutenden Experten erarbeitet wurde und teilweise auf Resolution 278 des US-amerikanischen Repräsentantenhauses basiert. Diese Resolution („Global Security Priorities Resolution“) wurde am 24. März 2009 von Vertretern beider Parteien eingebracht und fordert massive Einschnitte in den US-amerikanischen und russischen Atomwaffenarsenalen, wodurch allein in den USA mindestens USD 13 Milliarden im Jahr eingespart werden könnten. Ein Teil dieser Einsparungen soll in gezielte internationale Massnahmen im Sinne der beiden Millenniumsziele – die Kindersterblichkeit zu verringern und extreme Armut und Hunger auszurotten – fliessen.

Diese internationale Petition und damit verbundene Rechtsinstrumente sollten von Verantwortungsträger/innen aus den Bereichen Religion, Rüstungskontrolle und humanitäre Arbeit unterstützt werden, damit die Grundlage für eine Resolution der Vereinten Nationen geschaffen werden kann, die ihrerseits den Rahmen setzt für einen konkreten internationalen Prozess und entsprechende Massnahmen mit dem Ziel eines massiven Abbaus der Atomwaffenarsenale, wobei die erzielten Einsparungen in die Bekämpfung von Kindersterblichkeit, Kinderarmut und Hunger fliessen würden.

Internationale Verteidigungsfachleute sind sich einig, dass derartige internationale Massnahmen die weltweite Sicherheit stärken würden, indem sie die nukleare Bedrohung verringern und zentralen Aspekten des Wohls von Kindern Rechnung tragen, die inmitten einer weltweiten Wirtschaftskrise in Armut leben.

Mehr als zwei Dutzend Kirchen und andere religiöse Organisationen unterstützten im Jahr 2010 die „Global Security Priorities Resolution“.

Die Global Priorities-Kampagne ist eine internationale, interreligiöse Initiative, die diese internationale Petition konzipiert hat. Sie fördert praktische Möglichkeiten zur Senkung von Militärausgaben und zur verbesserten Finanzierung humanitärer Anstrengungen. Im Dezember 2008 wurde ihr von der US-Konferenz für den Ökumenischen Rat der Kirchen für ihre Arbeit der „Blessed are the peacemakers“ (Selig sind die Friedensstifter)-Preis verliehen.

## BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG

Die Elfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes hat daher BESCHLOSSEN,

- die mutige, wegweisende Arbeit der Global Priorities-Kampagne zu würdigen;
- die Mitgliedskirchen aufzufordern, die Anstrengungen im Blick auf die internationale Petition der Global Priorities-Kampagne offiziell mitzutragen und sie auch anderweitig zu fördern sowie weitere, aus ihr hervorgehende internationale Prozesse und Massnahmen dieser Art zu unterstützen;
- die Mitgliedskirchen aufzufordern, sonstige Möglichkeiten zu prüfen, wie die Kampagne in ihrem Engagement für diese Zielsetzungen unterstützt werden könnte, und
- den Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes aufzufordern, den Mitgliedskirchen diese Botschaft zu übermitteln.

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die Resolution zu Armut und Ernährungsgerechtigkeit anzunehmen.**

<sup>1</sup> Stephen I. Schwartz und Deepti Choubey: „Nuclear Security Spending. Assessing Costs, Examining Priorities“, Carnegie Endowment for International Peace, 2009.

<sup>2</sup> Jennifer Bryce et al.: „Can the world afford to save the lives of 6 million children each year?“, *The Lancet*, Bd. 365 (Nr. 9478), S. 2193-2200.

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Armut hat ein weibliches Gesicht. Wir sind uns der Kluft bewusst, die diejenigen, die unter Hunger und Mangel leiden, von denen trennt, die im Überfluss konsumieren. Wenn wir beten, bekennen wir, dass Nahrung eine Gabe Gottes ist, und bitten darum, dass sie uns auch zukünftig am Leben erhält.

## BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG

Wir ermutigen die Mitgliedskirchen, sich an Anwaltschaftskampagnen zu beteiligen, die darauf hinarbeiten, dass Regierungen im Blick auf Armut und Ernährungsgerechtigkeit, insbesondere im Blick auf Frauen und Kinder, die nötigen Massnahmen ergreifen, Verpflichtungen eingehen und Positionen vertreten. Wir rufen den LWB auf, mitzuwirken am Austausch von Informationen und bei der Formulierung von Zielen für diese strategischen Partnerschaften.

Wir rufen den LWB energisch dazu auf, sich für Armutsminderung, Ernährungsgerechtigkeit und wirtschaftliche Gerechtigkeit einzusetzen und Verbindungen zwischen den Mitgliedskirchen untereinander sowie zu den vielfältigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft herzustellen, insbesondere in Form gemeinsamen Handelns mit dem Ziel einer langfristigen, nachhaltigen Veränderung, für verbesserte Existenzgrundlagen weltweit und zur Förderung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen.

Insgesamt fordern wir, dass vom jetzigen Zeitpunkt an und insbesondere im Rahmen der Feierlichkeiten zum Reformationsjubiläum 2017 der Geschlechtergerechtigkeit in Kirche und Gesellschaft, der Ernährungsgerechtigkeit, der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und dem Kampf gegen den Menschenhandel verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wird, als Zeichen für die fortdauernde Reformation, zu der wir heute berufen sind.

Alle diese Themen gehen, nach unserer Überzeugung, alle Mitglieder unserer Kirchengemeinschaft und alle Glieder des Leibes Christi an.

Die Vollversammlung hat

## BESCHLOSSEN: die Resolution zur Bergbauindustrie anzunehmen.

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Viele Länder, die nach wie vor von ausländischer Hilfe abhängig sind, sind reich an natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Gas, Mineralien, Wäldern und Wasser. Die Rohstoffindustrie ist ausschlaggebend für die Entwicklung, da zwei Drittel der ärmsten Menschen der Welt in Ländern leben, die reich an Rohstoffen sind. Dennoch werden die Einnahmen aus diesen Ressourcen oft nicht in den Kampf gegen Armut und in nachhaltige Entwicklung

investiert. Nur ein kleiner Teil der aus diesen nationalen Ressourcen erzielten Gewinne wird mobilisiert, um Armut zu bekämpfen und Entwicklung zu fördern. Auch die LWB-Mitgliedskirchen erleben, dass die Menschen, die in Bergbaugebieten leben, kaum von den natürlichen Ressourcen profitieren, ja sogar immer ärmer werden. In vielen Ländern gibt es nur eine minimale Kontrolle und Regulierung der Industrie durch die Regierung oder demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung. Ein faires Steuersystem kann dazu beitragen, die Abhängigkeit eines Staates von Entwicklungshilfe zu reduzieren, und ihn gegenüber dem Volk verstärkt in die Verantwortung zu nehmen.

Die Folgen gross angelegter Bergbauaktivitäten für die Umwelt vor Ort stellen ein weiteres Problemfeld dar, da die Qualität von Boden und Wasser sowie deren Rückwirkung auf die Gesundheit entscheidende Bedeutung für das Wohl der lokalen Bevölkerung haben. Der Bergbau zerstört die Natur in der Umgebung der Minen, schafft Probleme bei der Entsorgung von Haldengestein und setzt aggressive Chemikalien ein – generell entstehen Entsorgungsprobleme und Arbeiter/innen wie Umwelt erleiden Schaden. Werden Wasser und Boden in den Bergbaugebieten verschmutzt, trifft dies die Menschen, die ihre Lebensgrundlage verlieren. In vielen Gebieten beeinträchtigt der moderne Bergbau massiv Leben und Würde der Menschen.

## BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG

In Übereinstimmung mit dieser Einschätzung fordert die LWB-Vollversammlung

- das LWB-Generalsekretariat zur Begleitung der Mitgliedskirchen auf, damit diese sich gegenseitig dabei unterstützen und dazu ermutigen, in ihrem jeweiligen Land für eine Gesetzgebung einzutreten, die die öffentlichen Einnahmen sichert und gute Umweltstandards, die öffentliche Beteiligung aller Interessierten bzw. Betroffenen und den gerechten Zugang zu den Ressourcen gewährleistet sowie eine faire Verteilung.
- die Mitgliedskirchen auf, ihr Engagement für mehr Rechenschaftspflicht und mehr soziale Verantwortung der Rohstoffkonzerne und der rohstoffverarbeitenden Industrie zu verstärken und auszuweiten.
- die Mitgliedskirchen auf, den Kampf gegen Korruption und die Bemühungen um grössere Transparenz in der Rohstoffe fördernden und verarbeitenden Industrie zu unterstützen.
- die Mitgliedskirchen auf, sich für ein faires, demokratisches und transparentes globales Finanzsystem und neue internationale Rechnungslegungsstandards einzusetzen, die Unternehmen verpflichten, in jedem Geschäftsjahr und nach Ländern getrennt über Gewinne, Ausgaben, Steuern, Abgaben und finanzielle Beiträge zur Förderung des örtlichen

**Gemeinwesens Bericht zu erstatten, um eine missbräuchliche interne Preisgestaltung und Steuerhinterziehung zu verhindern.**

- den LWB auf, die Kapazitätsentwicklung der Mitgliedskirchen in den Bereichen Ressourcen und Finanzen zu fördern, um sie in ihrer Rolle als Anwältinnen für Transparenz und Rechenschaftspflicht im Blick auf Einnahmen und nationale Ressourcen zu stärken.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die Resolution zur integrativen Gestaltung des Lutherischen Weltbunds anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **HINTERGRUND**

Im Jahr 2009 nahm der LWB-Rat auf seiner Tagung in Genf folgende Resolution an:

den Generalsekretär zu ersuchen, einen vorläufigen Bericht über die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen im LWB und seinen Gremien vorzubereiten, der der Vollversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Damit wird der Resolution der Vollversammlung 2003 in Winnipeg entsprochen, den neuen Rat aufzufordern, den Grundsatz einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern eindeutig zu formulieren, um für zukünftige Vollversammlungen ein gemeinsames Verständnis in allen Regionen sicherzustellen<sup>3</sup>

Der LWB kann auf eine lange Geschichte der Einbindung von Frauen und jungen Menschen in seine Arbeit und Strukturen zurückblicken. 1984 fasste die Siebente Vollversammlung in Budapest (Ungarn) wegweisende Beschlüsse zur Beteiligung von Frauen und Laien.

Beteiligung von Frauen:

Die Siebente Vollversammlung HAT BESCHLOSSEN:

- 6.1. das LWB-Exekutivkomitee zu bitten,
  - 6.1.1. in Zusammenarbeit mit den Mitgliedskirchen und den Nationalen Komitees einen auf der Achten Vollversammlung in Kraft tretenden Plan auszuarbeiten, wonach 40 Prozent der Delegierten auf der Achten LWB-Vollversammlung und 50 Prozent der Delegierten auf der Neunten und allen weiteren Vollversammlungen Frauen sind;
  - 6.1.2. der Vorbereitung des folgenden Vertretungsschemas Beachtung zu schenken:
    - 6.1.2.1. dass sich die Mitgliedschaft im Exekutivkomitee, den Kommissionen und Beratungs- und Leitenden Ausschüssen jeweils aus mindestens 40 Prozent Frauen und mindestens 40 Prozent Männern zusammensetzt;

6.1.2.2. dass die Amtsträger als Gruppe mindestens 40 Prozent Frauen und mindestens 40 Prozent Männer umfassen und bei ihrer Auswahl regionale Vertretung berücksichtigt wird;

6.1.2.3. dass sich die Mitgliedschaft im Exekutivkomitee aus mindestens 40 Prozent Laien und 40 Prozent Geistlichen zusammensetzt.<sup>4</sup>

Beteiligung junger Menschen:

Die Siebente Vollversammlung HAT BESCHLOSSEN:  
[...]

7.1.5. Bei der Auswahl der Delegierten für die nächste Vollversammlung möge für Ausgewogenheit gesorgt werden. Mindestens 20 Prozent der Delegierten sollen jugenddelegierte sein. Ein besonderes Anliegen ist die angemessene regionale Zusammensetzung der Delegierten unter 30 Jahren. Mitarbeiter(innen) im Jugendreferat sollen an den Diskussionen und den Beschlüssen über die neuen Richtlinien teilnehmen.

7.1.6. Ein(e) Jugendliche(r), der (die) an den LWB-Konferenzen und Vollversammlungen teilnimmt, möge normalerweise jünger als 30 Jahre sein.

7.1.7. Jeder Kommission möge ein(e) Jugendliche(r) als vollberechtigtes Mitglied angehören, der (die) Erfahrungen in lutherischer Jugendarbeit besitzt, wobei auch geographische Faktoren zu berücksichtigen sind.<sup>5</sup>

Als ständige Resolutionen zählen diese Texte zu den für den Lutherischen Weltbund geltenden Bestimmungen (vgl. Ausführungsbestimmungen 10.3).

Sechszwanzig Jahre nach der Umsetzung der Budapest Resolutionen ist eine weitere Klärung erforderlich. Nach Gesprächen mit dem LWB-Generalsekretär und -Kabinetts wird folgender Text dem Ausschuss für die Verfassung vorgelegt, der gegenüber der Elften Vollversammlung eine Empfehlung zur Beschlussfassung ausspricht.

### **STÄNDIGE RESOLUTION ZUR INTEGRATIVEN GESTALTUNG DES LWB**

Anlässlich der Geburtsstunde der Kirche an Pfingsten zitiert Petrus den Propheten Joel:

Und es soll geschehen in den letzten Tagen, spricht Gott, da will ich ausgießen von meinem Geist auf alles Fleisch; und eure Söhne und eure Töchter sollen weissagen, und eure Jünglinge sollen Gesichte sehen, und eure Alten sollen Träume haben. (Apg 2,17)

Männer wie Frauen, Jung wie Alt sind bereits vollwertiger Teil der Kirche (vgl. auch Gal 3,28), aber es müssen noch Massnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen und Sichtweisen voll und ganz vertreten sind, in der Kirche und ihren Entscheidungsprozessen gehört und einbezogen werden.

Seit seiner Gründung, aber insbesondere seit der Vollversammlung 1984 in Budapest bezeugen der Lutherische Weltbund und seine Mitgliedskirchen entschlossen diese

<sup>3</sup> Lutherischer Weltbund: „Protokoll der Tagung des LWB-Rates 2009. Genf, Schweiz, 22. - 27. Oktober 2009“, S. 34, Abs. 225. (Nur in englischer Sprache verfügbar.)

<sup>4</sup> Carl H. Mau Jr. (Hrsg.): „Budapest 1984: In Christus – Hoffnung für die Welt. Offizieller Bericht der Siebenten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes. Budapest, Ungarn, 22. Juli - 5. August 1984“, LWB-Report Nr. 19/20, Kreuz Verlag, Stuttgart 1985, S. 236.

<sup>5</sup> Ebd., S. 240f.

neue Wirklichkeit in Christus und tragen ihr in ihren Entscheidungsgremien und Programmen Rechnung. Integrative Strukturen sind heute Ausdruck des lutherischen Kirchenverständnisses. Doch benötigen wir fortlaufende Prozesse der Heranbildung kritischer Kirchenmitglieder, wenn ein integratives Miteinander tatsächlich stattfinden soll. Mithilfe von Zahlenvorgaben nehmen wir uns selbst in die Verantwortung hinsichtlich der angestrebten integrativen Repräsentation. Eine zahlenmässige Vertretung ist kein Selbstzweck, bietet aber ein Instrument, das uns dabei hilft, zu einer integrativeren Gemeinschaft zu werden. Neben der zahlenmässigen Vertretung muss die Qualität der Beteiligung von Frauen, jungen Menschen und Laien ständig weiterentwickelt und verbessert werden. Die Qualität unseres gemeinsamen Lebens und die Perspektiven der ganzen Kirchengemeinschaft gewinnen, je mehr der Leib all seine Glieder integriert (1. Kor 12).

## BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG

Als weiteren Schritt auf diesem langfristigen Weg nimmt die Elfte Vollversammlung die folgenden Prinzipien für eine integrative Vertretung an und ermutigt die Mitgliedskirchen, für ihren jeweiligen Kontext ähnliche Massnahmen zur Gewährleistung voller Partizipation zu ergreifen. Das gegenwärtige Quotensystem hat sich als wichtiges Instrument erwiesen, das die Beteiligung von Frauen in allen Entscheidungsgremien ermöglicht, was die Vielfalt herbeiführt, die unsere Kirchengemeinschaft bereichert.

Die Vollversammlung beauftragt den Generalsekretär: das Quotensystem ab seiner Einführung zu evaluieren; die Verpflichtung auf das Quotensystem (Jugendliche, Laien und Ordinierte, Männer und Frauen usw.) sowie seine Umsetzung auf allen Ebenen (Leitungsgremien und gewählte Amtsträger/innen) zu überprüfen; dem LWB-Rat einen Bericht über die Umsetzung der Prinzipien integrativer Repräsentation im LWB wie auch in den Mitgliedskirchen vorzulegen.

Die angenommene Resolution wird den für den Weltbund geltenden Bestimmungen zugerechnet (vgl. Ausführungsbestimmungen 10.3).

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN:** die Resolution über integrative Prinzipien für den LWB anzunehmen.

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### 1. AUSGEWOGENE VERTRETUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Der LWB-Vollversammlung, dem Rat, den leitenden Amtsträger/innen und allen anderen Ausschüssen und Arbeitsgruppen gehören – auch auf allen regionalen Ebenen – mindestens 40 Prozent Frauen und mindestens

40 Prozent Männer an. Diese Geschlechterquote wird auch bei Jugendvertreter/innen beachtet.

Bei sämtlichen Aktivitäten, die er auf allen regionalen Ebenen organisiert, respektiert der LWB dieses grundlegende Prinzip, und die LWB-Mitarbeiter/innen ermutigen diejenigen, mit denen der LWB zusammenarbeiten, dies ebenfalls zu tun.<sup>6</sup> Das Grundprinzip findet ebenfalls Anwendung auf leitende Mitarbeiter/innen im Büro der LWB-Kirchengemeinschaft.

### 2. AUSGEWOGENE VERTRETUNG DER GENERATIONEN

Der LWB-Vollversammlung, dem Rat, den leitenden Amtsträger/innen und allen anderen Ausschüssen und Arbeitsgruppen gehören – auch auf allen regionalen Ebenen – mindestens 20 Prozent junge Menschen an, die zum Zeitpunkt der ersten Tagung des Gremiums, zu dessen Mitglied sie ernannt wurden, unter 30 Jahre alt sind. Es wird für eine ausgewogene Vertretung der Regionen gesorgt.

Wenn einem Leitungsgremium mehr als ein/e Jugendvertreter/in angehört, wird auf allen regionalen Ebenen unter den Jugendmitgliedern für eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter gesorgt.

Dieses Grundprinzip findet Anwendung auf alle Aktivitäten des Büros der LWB-Kirchengemeinschaft.<sup>7</sup>

### 3. AUSGEWOGENE VERTRETUNG VON LAIEN UND GEISTLICHEN

Der LWB-Vollversammlung, dem Rat, den leitenden Amtsträger/innen und allen anderen Ausschüssen und Arbeitsgruppen gehören – auch auf allen regionalen Ebenen – mindestens 40 Prozent Laien an. Unter den nicht ordinierten Mitgliedern wird für eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter sowie aller Regionen gesorgt.

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN:** die Resolution über die Förderung einer nachhaltigen Praxis anzunehmen.

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG

Im Licht der Verpflichtung des LWB auf ökologische Nachhaltigkeit wird der LWB aufgefordert, für seine Arbeit und Tagungen umfassende Umweltrichtlinien zu beschliessen. Der LWB möge sich bis 2012 auf die Zertifizierung nach einem internationalen Umweltzertifizierungs- und -betriebsprüfungssystem (EMAS) vorbereiten. In der umweltfreundlichen Planung von

<sup>6</sup> In Anerkennung der praktischen Schwierigkeiten werden Tagungen und Aktivitäten, bei denen dieses Grundprinzip keine Anwendung gefunden hat, nicht für ungültig erklärt, aber die Nichtanwendung des Grundprinzips wird formell festgestellt und es sind Massnahmen zur Verbesserung zu planen.

<sup>7</sup> Ebd.

Tagungen und Vollversammlungen möge er sich auf die Erfahrungen des Deutschen Evangelischen Kirchentags stützen. Diese Umweltrichtlinien binden die bereits getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der Kohlendioxid-Bilanz des LWB ein, wie das Kompensationssystem für CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Reduzierung der Zahl gedruckter Dokumente.

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die Resolution zu integrativen Prinzipien im Zusammenhang mit vorgeschlagenen Delegiertenlisten für künftige Vollversammlungen anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Die Elfte Vollversammlung beauftragt den neuen Rat, Ausführungsbestimmungen auszuarbeiten, die es erlauben, solche von den Regionen vorgeschlagenen Delegiertenlisten für die LWB-Vollversammlung abzulehnen, die den festgelegten integrativen Prinzipien unserer Kirchengemeinschaft nicht entsprechen.

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die Resolution zum Klimawandel anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **KLIMAWANDEL**

Die Elfte LWB-Vollversammlung:

- ist sich der Tatsache bewusst, dass a) der Klimawandel eine zunehmend dringliche Herausforderung darstellt, die in einem unaufhaltsam kleiner werdenden Zeitfenster eine wirksame globale Antwort erfordert – in dem Bewusstsein, dass die globalen Emissionen spätestens 2015 ihren Höhepunkt erreicht haben müssen, wenn eine potenziell katastrophale Klimaerwärmung vermieden werden soll – und b) dass Katastrophen wie die Ölpest im Golf von Mexiko deutlich machen, dass Umweltsicherheits- und Umweltsanierungstechnologien mit den wachsenden Umweltgefahren, die mit der Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe einhergehen, nicht Schritt gehalten haben;
- unterstreicht die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, die bereits heute in vielen Teilen der Welt als Ergebnis der sich verän-

dernden Klimamuster spürbar sind und die auch der LWB und seine Mitgliedskirchen miterleben;

- unterstützt die diesbezüglichen Resolutionen, die der LWB-Rat 2008 und 2009 angenommen hat, und fordert den LWB und seine Mitgliedskirchen dazu auf, in die darin beschriebene Richtung weiter zu verfolgen;
- bedauert zutiefst, dass es der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2009 in Kopenhagen nicht gelungen ist, eine faire, gerechte, rechtsverbindliche und überprüfbare Nachfolgevereinbarung zum Kyoto-Protokoll anzunehmen, und fordert die Staatengemeinschaft auf, sich auf die Verabschiedung einer solchen Vereinbarung auf der VN-Klimakonferenz in Mexiko (November-Dezember 2010) zu verpflichten;
- fordert alle Regierungen auf, einen entschlosseneren politischen Führungswillen im Umgang mit dem Klimawandel und bei der Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in der Energieversorgung unter Beweis zu stellen, und bedauert, dass der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika das dringend erforderliche Klimaschutzgesetz nicht verabschiedet hat;
- fordert alle LWB-Mitgliedskirchen dringend auf, sich bei ihren Regierungen für folgende Massnahmen stark zu machen:
  - Massnahmen, die sicherstellen, dass die globalen Treibhausgasmissionen spätestens 2015 ihren Höhepunkt erreichen und danach schnell auf das Ziel einer CO<sub>2</sub>-Konzentration von weniger als 350 ppm in der Atmosphäre sinken,
  - dringende Massnahmen der Industriestaaten, um ihre Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken,
  - die Einrichtung eines gerechten und angemessenen Mechanismus zur Finanzierung der Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel sowie der Milderung seiner Folgen; und
- ruft Generalsekretär, Mitgliedskirchen und Länderprogramme des LWB auf, ihre Anstrengungen zu bündeln und zu verstärken, um den Auswirkungen des Klimawandels auf Entwicklung und Armut in den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu begegnen und den Stimmen indigener Gruppen sowie deren Perspektiven zur Umweltethik Gehör zu verschaffen.

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die Resolution zur Integration sozial benachteiligter Gruppen in Mittel- und Osteuropa anzunehmen.**



Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Vor dem Hintergrund des Themas der Elften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes – Eine Kirchengemeinschaft – wollen die Delegierten aus der Region Mittel- und Osteuropa besondere Aufmerksamkeit auf die sozial benachteiligten Gruppen und ethnischen Minderheiten in ihrem Kontext lenken. Insbesondere die Angehörigen der Minderheit der Roma leiden unter Ernährungsunsicherheit, Ressourcenmangel, einem strukturellen Mangel an Unterstützung sowie Ausgrenzung. Die aus dieser Situation resultierenden sozialen Spannungen haben das Potenzial, den ganzen Kontinent zu destabilisieren. Wir sehen es als Aufgabe der Kirchen an, zur Emanzipation und Integration sozial benachteiligter ethnischer Gruppen sowie zur Entwicklung einer integrativen sozialen Praxis beizutragen. Die Kirchen engagieren sich bereits heute für die Roma und führen verschiedene Projekte durch. Dennoch müssen noch sehr viel mehr Anstrengungen unternommen werden, wenn dem Problem wirksam begegnet werden soll.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Wir rufen daher den LWB auf, die Integration sozial benachteiligter Gruppen und ethnischer Minderheiten (besonders der Roma) in Gesellschaft und Kirche als Priorität zu betrachten und soziale sowie Bildungsprogramme zur Förderung und Stärkung dieser Gruppen auf regionaler Ebene zu initiieren.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die Resolution zu den indigenen Völkern anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Eine grosse Mehrheit der indigenen Völker lebt auf dem Land ihrer Voreltern in überwiegend ländlichen Regionen, aber eine Reihe von Faktoren – wie Armut, Bodendegradation, Kolonisierung und die Interessen nationaler und internationaler Unternehmen – führen zum Verlust ihres Landes, ihrer Sprachen und Traditionen sowie ihres Rechts auf ein Leben in Würde.

Trotz alledem hat die Urbevölkerung bis heute den Widrigkeiten widerstanden und die Völker der Welt anerkennen ihre Existenz, ihre Weisheit in ökologischen Fragen, ihre harmonischen sozialen Beziehungen und ihren Widerstand gegen Unterdrückung.

Der Lutherische Weltbund hat bereits auf seiner Vollversammlung 2003 in Winnipeg in einer Resolution zu den indigenen Völkern den Beitrag der Urvölker anerkannt und beschlossen, diesbezüglich Massnahmen zu ergreifen. Der LWB organisierte im September 2006 eine Konsultation in Karasjok (Norwegen), die unter dem Thema „Eine indigene Gemeinschaft“ stand. Es wurde beschlossen, in den darauf folgenden Jahren eine Reihe unterstützender Massnahmen zu konzipieren. Seither ist jedoch kein konkretes Programm für indigene Völker

geschaffen worden, wie es die Zehnte Vollversammlung und die Konsultation in Karasjok beabsichtigt hatten.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Daher bekräftigt die Elfte Vollversammlung die Verpflichtungen, die von der Zehnten Vollversammlung 2003 und von der LWB-Konsultation zum Thema indigene Völker im September 2006 in Norwegen gegenüber den indigenen Völkern eingegangen wurden. Die Vollversammlung ruft das Sekretariat und die Mitgliedskirchen auf, die Weiterarbeit an diesen Vorschlägen aufzunehmen.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die Resolution zum Eintreten für Menschen mit Behinderungen anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **HINTERGRUND**

Wahre Gemeinschaft, in der Gesellschaft wie auch in der Kirche, schliesst Menschen mit den unterschiedlichsten Eigenschaften ein. Dies ist nicht nur eine theologische Prämisse, sondern Menschenrecht.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Der Lutherische Weltbund erneuert seine Verpflichtung, mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem ökumenischen Aktionsbündnis von und für Menschen mit Behinderungen EDAN zusammenzuarbeiten und so verstärkt einzutreten für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am sowie ihre Integration und Einbindung in das spirituelle und soziale Leben und in Entwicklungsprozesse in Kirche wie Gesellschaft.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die Resolution zum virtuellen Ressourcen-Zentrum anzunehmen.**

Es folgt die Resolution im angenommenen Wortlaut:

Der LWB hat sich auf das Miteinanderteilen von Ressourcen, Talenten und Fähigkeiten verpflichtet, damit seine Mitgliedskirchen in aller Welt zu Wachstum und Fortschritt befähigt werden und kirchlichen Verantwortlichen und ihren Gemeinden, besonders Kindern und jungen Menschen, Bildungschancen eröffnet werden. Es hat sich gezeigt, dass in diesem Zusammenhang Bedarf an Anstössen und neuen Ideen sowie praktisch einsetzbaren Materialien besteht.

**BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Die Vollversammlung empfiehlt dem LWB, ein via Internet allgemein zugängliches virtuelles Ressourcen-Zentrum bzw. eine Ressourcen-Bank einzurichten, um

dem in vielen Kirchen bestehenden Bedarf zu entsprechen. Viele Kirchen verfügen über Bildungsmaterialien (Bildung im weitesten Sinne), die, wenn sie untereinander ausgetauscht werden, anderen Inspiration und Hilfe sein können.



© LWB/J. Latva-Hakuni

# Erklärungen

Die Vollversammlung hat

**BESCHLOSSEN: die öffentliche Erklärung „Tägliches Brot‘ statt Gier: ein Aufruf des LWB zu Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit“ anzunehmen.**

Es folgt der Text der öffentlichen Erklärung im angenommenen Wortlaut:

**ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG: „TÄGLICHES BROT“ STATT GIER: EIN AUFRUF DES LWB ZU WIRTSCHAFTS- UND KLIMAGERECHTIGKEIT**

## **EINLEITUNG**

Die LWB-Vollversammlung 2003 erklärte:

Als Communion müssen wir uns der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung entgegenstellen, ... die auf der Annahme gründet, dass der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und dem unabänderlichen Gelten von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienste. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird.

Seit 2003 haben viele ihre Lebensgrundlagen, all ihre Ersparnisse und ihr Vertrauen in eine lebensfähige Zukunft verloren. Verheissungen eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums, das vor allem durch den Brennstoffverbrauch angeheizt wird, gefährden die Zukunft des Planeten und die Zukunft des Lebens, wie wir es bisher kennen – insbesondere das Leben und die Länder derer, die in der Welt am verletzlichsten sind. Der Klimawan-

del beschleunigt sich, wie es sich an immer häufiger auftretenden schweren Unwettern, dem steigendem Wasserspiegel der Meere und verheerenden Dürren zeigt. Er führt auch zu immer schwerwiegenderen Formen von Nahrungsmittelknappheit, verstärkter Ausbreitung von Krankheiten, Konflikten über Land- und Wasserknappheit und erzwungener Migration von Menschen.

Als Gemeinschaft haben wir uns auf örtlicher und weltweiter Ebene und in Zusammenarbeit mit ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Partnern bereits mit vielen Auswirkungen dieser Krisen befasst. Im Lauf des letzten Jahres haben die Mitgliedskirchen des LWB sich auf Pilgerfahrt an viele Orte gemacht: auf unserem Treffen in Puri (Indien) bis hin zur afrikanischen Konsultation über Klimawandel und Armut in Nairobi (Kenia) haben wir die dramatischen Folgen des Klimawandels erlebt. Auf mehreren vorbereitenden Konsultationen zur LWB-Vollversammlung 2010 erfuhren wir, wie vor allem Frauen und Kinder unter der Last der Nahrungsmittelknappheit zu leiden haben und auf wie unterschiedliche Weise ein ungerechtes Wirtschaftssystem die Verletzlichsten der leidenden Schöpfung verarmen lässt.

In jüngster Zeit haben die weltweiten Finanzkrisen und Umweltkatastrophen auf dramatische Weise die ihnen zugrunde liegende skandalöse Gier blossgestellt – mit allen Mitteln und auf Kosten unserer fundamentalen Menschlichkeit Profit anzustreben. Als Organisation, die sich auf den christlichen Glauben gründet, ist es für die LWB-Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung, sich zur Frage der Gier zu äussern, denn es geht hier im Grunde genommen um eine zutiefst spirituelle Frage (siehe Luthers Kommentar zum ersten Gebot im Kleinen Katechismus). Systemische Gier beherrscht, versklavt und entstellt Gottes Plan für menschliche Gemeinschaften und für die ganze Schöpfung. Dies steht in direktem Gegensatz zu der Bitte „Unser tägliches Brot gib uns heute“, die auf der Überzeugung gründet, dass „genug für alle“ da sein wird.

Auf dieser Vollversammlung 2010 bezeugen wir somit, was wir im Licht biblischer und theologischer Perspektiven sehen und hören, benennen wir die zentralen theologischen Überzeugungen, um die es hier geht, und verpflichten uns, auf die Veränderungen hinzuwirken, die in unserem Leben, unseren Kirchen, unseren Gesellschaften und in der Welt notwendig sind. Als Kirchen fühlen wir uns vielleicht machtlos, uns diesen Widersprüchen entgegenzustellen oder sie zu hinterfragen, doch wenn wir uns dieser Beherrschung durch Sünde und Hoffnungslosigkeit unterwerfen, verraten wir den Glauben, den wir bekennen.

### ***Als eine weltweite Gemeinschaft bezeugen wir, wie „tägliches Brot“ und „Gier“ im Konflikt zusammenprallen***

Wir hören die Schreie derer, die verzweifelt nach genug „Brot“ suchen, damit sie noch einen weiteren Tag leben können, wie auch die stummen Schreie derer, die geistig „sterben“, weil sie „zuviel Brot“ angesammelt haben.

Wir entdecken viele Menschen, darunter auch Jugendliche, die in unseren Gemeinschaften im Verborgenen leben und sich in der Hoffnung, das für sie zum Überleben notwendige „tägliche Brot“ zu bekommen, gezwungen

sehen, ihre Arbeitskraft und ihren Körper ausbeuten zu lassen durch jene, die gierig sind nach Profit und Lust.

Wir hören die Klagen junger Menschen, die vor einer Zukunft ohne Arbeit stehen, die sie und ihre Familien ernähren kann, und die Wehklagen älterer Arbeiter und Arbeiterinnen, die weiter arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern.

Wir sehen viele Menschen, denen das Notwendigste zum Überleben fehlt – Nahrung, Gesundheit, Obdach oder Sicherheit –, während einige Führungspersonen grosse Boni einfahren und im Luxus leben und nicht in der Lage zu sein scheinen, politisch festgefahrene Situationen zu durchbrechen, was notwendig wäre, um Strategien zur Sicherung des „täglichen Brots für alle“ umzusetzen und die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Wir spüren das Gefühl der Panik, das Menschen überkommt, wenn Finanzmärkte und Banken zusammenbrechen und damit die wirtschaftliche Sicherheit untergraben, auf die die Menschen bisher gezählt haben, sowie auch die falschen Hoffnungen, die erweckt werden, wenn diese Institutionen gerettet werden, während die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen schafft, immer noch wankt.

Es beunruhigt uns zutiefst, dass in den meisten Ländern ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung nahezu das gesamte Finanzvermögen besitzt, so dass finanzielle Profite zu einer Form von Götzendienst werden, der an die Stelle des von Gott gewollten „täglichen Brots für alle“ tritt.

Wir beklagen die Tatsache, dass Milliarden aufgetrieben werden können, um grosse Banken und Finanzinstitutionen zu retten, aber nicht die notwendigen finanziellen Mittel für den Lebensunterhalt jener Menschen in der ganzen Welt, denen es ständig am „täglichen Brot“ fehlt.

Wir beklagen die weltweite Spekulation mit Nahrungsmitteln, die zu einem starken Preisanstieg führt und die Ernährungsunsicherheit für mindestens eine Milliarde Menschen verschärft.

Wir sehen, wie Land, Tiere und Menschen infolge von Dürreperioden sterben, die immer verheerender werden und durch Emissionen fossiler Brennstoffe beschleunigt werden, die von Unternehmen in fernen Ländern ausgehen, die auf Kosten des Allgemeinwohls immer grössere Profite anstreben.

Wir erleben in immer stärkerer Masse unvorhersehbare Wettermuster, was Änderungen in der Planung der Vegetationszeiten erfordert, die für den Anbau der benötigten Nahrungsmittel wesentlich sind.

Wir hören Menschen, die uns erzählen, wie ihre Dörfer im ansteigenden Meer versunken sind – ein Beweis dafür, dass der Klimawandel, der durch giergetriebene Abforstungs- und Bergbaumethoden beschleunigt wird, heute schon eine Realität ist.

Wir beobachten, dass mächtige wirtschaftliche Interessen, die Gemeinschaften und die Schöpfung schädigen, häufig einen unangemessenen Einfluss auf Regierungen haben.

Wir prangern an, dass immer mehr hoch entwickelte Technologien auf der Jagd nach immer grösseren Profiten in bisher unbekannte Tiefen und Höhen vordringen, ohne in angemessener Weise riskante ethische Konsequenzen zu berücksichtigen, und zu Tragödien katastrophalen Ausmasses

führen, welche natürliche Lebensräume und die Existenzgrundlagen von Menschen für lange Zeit zerstören.

Wir beklagen, dass Kirchenleitende – statt das Wort zu ergreifen, um die Art und Weise, wie systemische Verhaltensmuster und Strategien der Habgier unsere Welt beherrschen, in Frage zu stellen und zu verändern, – oft ein Evangelium des Wohlstands verkünden und vorleben oder sich zu Komplizen imperialistischer Machtstrukturen machen, insbesondere indem sie Gewinn auf Kosten anderer anstreben, statt konsequent „tägliches Brot für alle“ zu fordern, wie Jesus selbst es vorgelebt und gelehrt hat.

## SYSTEMISCHE GIER IST SPIRITUELL GESEHEN GÖTZENDIENST

Während bei den o. g. Beispielen jeweils komplexe Faktoren und Analysen mitspielen, liegt das eigentliche Problem in einer exzessiven, persönlichen, systemischen und strukturellen Gier, die nicht nur ein sozialer, wirtschaftlicher und politischer Skandal, sondern auch ein zutiefst spirituelles Problem ist.

Alle unsere Gesellschaften wie auch unsere Kirchen werden von Gier heimgesucht, wenn Entscheidungen getroffen und Massnahmen ergriffen werden, die einige wenige auf Kosten der vielen begünstigen. Die systemische Gier, die unsere Denkweise und unser Handeln und damit unser Leben und unsere Welt beherrscht, steht in direktem Widerspruch zur Kernaussage des Gebets „Unser tägliches Brot gib uns heute“.

Als Christen und Christinnen können wir diese Bitte nicht beten, ohne dagegen zu protestieren, dass Gier in so vielfältiger Weise die Oberhand über die in diesem Gebet bekräftigte Freigebigkeit gegenüber allen gewinnt. Das vorherrschende Wirtschaftsmodell gründet heute auf der Annahme von Knappheit – im Gegensatz zu der biblischen Sicht, dass genug für alle da ist. Die übermässige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen basiert auf der Annahme unendlicher Fülle – im Gegensatz zur biblischen Sicht, dass die Menschen Haushalter/innen oder Hüter/innen der Schöpfung Gottes sein sollen. Zu den vielfach miteinander verbundenen Krisen, mit denen wir heute konfrontiert sind, ist es gekommen, weil die Menschen diese beiden göttlichen Gebote im 1. Mose verkehrt und damit verletzt haben.

Statt des Gefühls, dass „Gott für das Nötige sorgen wird“, herrscht heute das abwegige Gefühl vor, dass die Natur gemäss dem Diktat grenzenloser Gier des Menschen alles liefern wird. Dagegen protestiert die Natur. Tragischerweise sind die am schlimmsten betroffenen Menschen und Länder daran gewöhnlich weniger schuld als mächtigere Interessen, Politiken und Entwicklungen, gegen die Menschen und Länder, die gegenüber dem Klimawandel am anfälligsten sind, sich nicht wehren können. Die am stärksten verwüsteten Gebiete sind nicht diejenigen, die die Aufmerksamkeit der Medien erlangen. Solche tragischen Entwicklungen werden angetrieben vom Streben nach immer höherem Profit und wirtschaftlichem Wachstum und angeheizt durch Gier. Diese Gier hat zu Praktiken geführt wie Abforstung sowie Abbau und Verbrennung von fossilen Brennstoffen, wogegen die Natur jetzt revoltiert.

Wirtschaftskrisen werden weitgehend hervorgerufen durch Ausdrucksformen unmässiger Gier im Streben nach immer grösserem finanziellem Gewinn. Durch die Verkehrung biblischer Werte ist Gier akzeptabel, normal geworden und wird als notwendige Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand gefördert.

Wir müssen die Praktiken, Systeme, Prämissen und die Logik, die diesen Widersprüchen oder Ungerechtigkeiten zugrunde liegen, benennen und anprangern. Dabei werden wir vom biblischen Zeugnis, von Jesus und von unseren Vorfahren, wie Luther, inspiriert und ermutigt.

Vom alttestamentlichen Propheten Jeremia kam der Aufschrei:

Denn sie gieren alle, klein und gross, nach unrechtem Gewinn, und Propheten und Priester gehen alle mit Lüge um und heilen den Schaden meines Volks nur obenhin, indem sie sagen: „Friede! Friede!“, und ist doch nicht Friede. (Jer 6,13)

Nach dem Propheten Hesekeil bestand die grosse Sünde der Menschen in Sodom darin, dass sie anmassend, übersättigt und gleichgültig waren und „den Armen und Elenden nicht halfen“ (Hes 16,49).

In den Evangelien zeichnete Jesus einen starken Gegensatz zwischen der Logik Gottes, der für das „tägliche Brot“ sorgt, und der Logik der Menschen, die auf Kosten anderer nach wirtschaftlichem Gewinn trachten: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24; Lk 16,13). Die frühen Christ/innen wurden dazu ermahnt, sich vor aller Habgier zu hüten (Lk 12,15), davor zu fliehen (1.Tim 6,11) oder sie zu töten (Kol 3,5). In der alten Kirche verwies Basilius der Grosse auf die Gierigen als diejenigen, die nicht zufrieden sind mit dem, was für ihren Unterhalt genügt, und die das, was sie haben, nicht mit anderen teilen.

Martin Luther sprach sich gegen sündhafte Systeme und Praktiken aus, die Menschen unterdrückten und sie verarmen liessen. Er sagte ein klares „Nein“ zu den Praktiken der Bank- und Handelsgesellschaften seiner Zeit: „Da wird nicht anders aus. Sollen die Gesellschaften bleiben, so muss Recht und Redlichkeit untergehen. Soll Recht und Redlichkeit bleiben, so müssen die Gesellschaften untergehen“ (WA 15, 313). Er bezog sich nicht nur auf einige wenige gierige Einzelpersonen, sondern auf das System und die Annahmen, auf die es sich stützte, das eine Trennung vornahm zwischen Geldverdienen und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und das einigen abverlangte, immer mehr zu erwerben.

Als lutherische Gemeinschaft sind wir dazu aufgerufen, ähnliche systemische Ungerechtigkeiten unserer heutigen Zeit anzuprangern, weil es dabei auch heute noch um Krisen des Glaubens geht. In der Krise des 16. Jahrhunderts stand das Evangelium auf dem Spiel, das die Menschen von der Furcht und Knechtschaft der Sünde befreit, damals aber in Systeme eingebunden worden war, die in Frage gestellt werden mussten. Heute leben die Menschen in Furcht und Knechtschaft vor der unserem Wirtschaftssystem innewohnenden Gier und dem, was die Zukunft für sie bereithalten wird, wenn nicht weit reichende Veränderungen im Interesse weltweiter Wirtschafts- und Umweltgerechtigkeit vorgenommen werden.

Während Habgier in der ganzen Menschheitsgeschichte verbreitet war, ist das Virus der Unersättlichkeit (niemals genug zu haben) unter dem heutigen neoliberalen Kapitalismus zu einer allgemeinen Epidemie geworden. Es besteht die Tendenz, alle Aspekte des Lebens nach ihrem Geldwert oder ihrem potenziellen finanziellen Gewinn zu bewerten. Gier verbirgt sich häufig hinter einer Maske guter Absichten und Verhaltensweisen anständiger Leute. Ein gewisses Mass an Gier wird in der Tat als „gut“ – und notwendig für eine funktionierende Marktwirtschaft – angesehen. In diesem Sinne ist Gier systemisch geworden – eingebaut in die herrschende Wirklichkeit, der die Menschen sich anpassen. Um innerhalb dieses Systems zu funktionieren, werden die Menschen so sozialisiert, dass sie gierig werden. Wenngleich einige Individuen besonders gierig zu sein scheinen, verschliesst die Konzentration allein auf solche Personen die Augen davor, dass und wie die verschiedenen Systeme, an denen wir alle teilhaben, Strukturen und Praktiken der Gier festschreiben und legitimieren. Gier ist ein Teil von uns; sie ist nicht bloss „da draussen“.

Systemische Gier ist eine Ausdrucksform der Herrschaft oder Knechtschaft der Sünde, die in der Theologie des Paulus (z.B. Römer 6) und Luthers zum Ausdruck gebracht wird. Sie wird zum Götzen, dem Personen, Gemeinschaften und die übrige Schöpfung geopfert werden. Geld und Finanzmärkte führen ein Eigenleben – mit der Schaffung einer unendlichen Vielfalt neuer Finanzinstrumente für das Erzielen schneller Hyperprofite. Über ein blosses Tauschmittel hinaus ist das Geld zu einer Ware geworden, für die immer grössere Profite versprochen und erwartet werden. Wenn diese Versprechungen verraten werden – wie bei dem Zusammenbruch des Systems – kommt der dahinter liegende Götzendienst zum Vorschein.

Die im Rahmen dieses Systems unternommenen hektischen Versuche, Finanz- und Ökosysteme zu retten, werden zu Werkzeugen, Technologien oder Lösungsansätzen, die der Logik des Systems entsprechen und in einigen Fällen die Situation weiter verschlechtern. Es wird eine Sprache benutzt, die die im System begründete Gier auf immer raffiniertere Weise verschleiert – so dass nicht einmal Expert/innen die zugrunde liegenden Mechanismen verstehen und noch weniger verantwortungsvoll regulieren können. Wenn Politiker/innen Massnahmen vorschlagen, um die geschickt entwickelten Mechanismen zum Erzielen grösserer Profite zu regulieren oder in den Griff zu bekommen, können sie dafür durch Einbrüche am Börsenmarkt bestraft werden. Die reale Wirtschaft, bei der es um Arbeitsplätze und die Erwirtschaftung des täglichen Lebensunterhalts geht, ist in steigendem Masse Gefangene der Unwägbarkeiten der virtuellen Finanz- und Handelswirtschaft – des herrschenden Gottes in unserer heutigen Welt.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

#### *Unsere Antwort als Kirchen*

Als Kirchen bekennen wir, dass auch wir in diese Realitäten verstrickt sind. Auch wir leben im Griff eines

unaufhaltsamen Strebens nach grenzenlosem Fortschritt und Wohlstand, das allzu oft von Habgier angetrieben wird. Kirchenleitende lassen es manchmal an Transparenz fehlen und verschleiern ungerechte Praktiken. Auch wir suchen auf Kosten anderer nach Vorteilen für uns selbst. Auch wir leben unter der Herrschaft der Sünde.

Doch gleichzeitig leben wir auch unter der Herrschaft der Gnade, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Grossherzigkeit Gottes. Statt Gefangene der in dieser Welt regierenden Mächte und Gewalten zu bleiben, werden wir von Christus befreit und vom Heiligen Geist dazu ermächtigt, der inneren Logik der persönlichen und strukturellen Gier zu widerstehen. Wenn wir aus dieser christlichen Freiheit heraus und nicht aus Furcht leben, sind wir dazu fähig, den Schleier vor unseren Augen zu lüften, um zu sehen, unsere Ohren zu öffnen, um zu hören, und unseren Willen zum Handeln freizusetzen. Wir stellen uns diesen Krisen im Wissen darum, dass Gott in uns wohnt und bei uns bleibt und uns dadurch zum Reden und Handeln befähigt.

Wir erkennen, dass die Bewältigung der Spannung zwischen den beiden Reichen – dem der Gnade („tägliches Brot“) und dem der Gier – zum ständigen Kampf der Nachfolge gehört. In unseren Kirchen fordern wir ein Lehren und Predigen, das die in ihrem jeweiligen Kontext auftretenden Spannungen klar benennt, und eine ständige geistliche Zurüstung, die die Menschen dazu befähigt, mit diesen Spannungen in ihrem eigenen Leben umzugehen.

Wir werden die Herrschaft des Kapitals über Mensch und Erde im heutigen wirtschaftlichen und politischen System klar benennen, analysieren und öffentlich anprangern, genauso wie die allzu gierigen Praktiken von Grossunternehmen und Finanzinstitutionen, und diese dazu aufrufen, Rechenschaft abzulegen über die Folgen ihres Handelns. Wir werden dies auch im Rahmen unserer wechselseitigen Beziehungen innerhalb unserer Gemeinschaft tun.

Wir werden bei Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen Fürsprache halten für die Entwicklung und Umsetzung angemessener Regelungen für Finanztransaktionen, Handel und Investitionen, die – wenn ihnen nicht Einhaltung geboten wird – Gier auf Kosten der Schwächsten vorantreiben.

Wir erkennen, auf welche Weise Ungerechtigkeiten in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt miteinander verwoben sind, und werden unsere Stimme dagegen erheben. So muss zum Beispiel der Kohlenstoffkonsum zur Reduzierung der globalen Erderwärmungstrends durch drastische Massnahmen eingeschränkt werden, für die alle Akteure weltweit gemeinsam Verantwortung übernehmen. Diejenigen, die am meisten zu dem Problem beigetragen haben, sollten den Grossteil der Kosten für eine Anpassung und Milderung der Folgen tragen, insbesondere im Interesse derjenigen in der Welt, die den Auswirkungen des Klimawandels am schutzlosesten ausgesetzt sind. Die reichsten Nationen

der Welt müssen die Verantwortung für die von ihnen verursachte ökologische Schuld und für die Katastrophen übernehmen, die den Kohlenstoff-Kolonialismus in den Entwicklungsländern aufrechterhalten.

Wir werden bei unseren Bemühungen, strukturelle Gier zu unterbinden und Alternativen zu entwickeln, die für alle lebensfördernd und nachhaltig sind, mit Menschen anderer Glaubensrichtungen und mit der übrigen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die öffentliche Erklärung zu illegitimen Schulden und der internationalen Finanzkrise anzunehmen.**

Es folgt der Text der öffentlichen Erklärung im angenommenen Wortlaut:

#### **ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZU ILLEGITIMEN SCHULDEN UND DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE**

Versammelt zur Elften Vollversammlung und sieben Jahre nach der Zehnten Vollversammlung in Winnipeg, die eine öffentliche Erklärung zu illegitimen Schulden abgegeben hat, stellen wir fest, dass die Verschuldung, die durch die in den reicheren Industriestaaten verursachte Krise weiter verschärft worden ist, ein grosses Hindernis für die Beseitigung von Armut und die Verwirklichung der grundlegenden Menschenrechte für alle Menschen bleibt. Die Schuldenlast hat in Teilen Lateinamerikas, Afrikas, Osteuropas und Asiens bis heute erhebliche Auswirkungen.

Die Instrumente, mit denen die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) der Schuldenfrage begegnet sind, haben zu negativen oder begrenzten Ergebnissen geführt. Schuldenerlassinitiativen für arme Länder haben zwar einigen genutzt, hatten bisher in den meisten Fällen aber nur schwache oder sogar negative Auswirkungen, da diese Initiativen an schädliche wirtschaftliche Bedingungen und asymmetrische Machtbeziehungen geknüpft wurden. Abgesehen von ihren technischen Schwächen verfolgen diese Instrumente einen falschen Ansatz, da sie sich ausschliesslich auf die Nachhaltigkeit der Schulden und nicht auf deren Legitimität konzentrieren.

Schulden und das Finanzsystem, das sie hervorgebracht und gleichzeitig auch die aktuelle Krise verursacht hat, blockieren nicht nur das Entwicklungspotenzial von Millionen von Menschen, sondern gefährden auch ihr Überleben: das Brot, das wir im Gebet, das Jesus uns gelehrt hat, für alle Menschen erbitten, gehört für immer weniger Menschen zur täglichen Lebensrealität. Diese Realität müssen wir aus ethischen und moralischen Gründen verurteilen und als Kirchen dürfen wir nicht gleichgültig bleiben.

Über die Jahre hinweg haben wir jedoch viele Zeichen gesehen, die uns ermutigen, unsere Anstrengungen fort-

zusetzen und dazu beizutragen, die zur Überwindung der gegenwärtigen Situation erforderlichen Veränderungen und Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen internationalen Finanzarchitektur, die auf Gerechtigkeit und Recht aufbaut, voranzutreiben.

Unter den Zeichen der Ermutigung ist es wichtig, folgende zu nennen:

- die Initiative der norwegischen Regierung, auf der Grundlage ihrer Mitverantwortung fünf Ländern einseitig und bedingungslos die Schulden zu erlassen;
- die souveräne Entscheidung der Regierung Ecuadors, eine umfassende Überprüfung der öffentlichen Schulden durchzuführen;
- das Internationale Symposium über Illegitime Schulden im Oktober 2008 in Oslo, das von LWB, Norwegian Church Aid (NCA) und der Schwedischen Kirche organisiert wurde und an dem Vertreter/innen von Regierungen, Kirchen und UN-Sonderorganisationen sowie Universitätsprofessor/innen und bekannte Führungspersonlichkeiten von Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen teilnahmen;
- die Debatte in der UNCTAD und ihre Empfehlung zu einer verantwortlichen Kreditpolitik und illegitimen Schulden;
- Fortschritte in der sozialen und politischen Akzeptanz des Konzepts der Illegitimität und das wachsende Bewusstsein dafür, dass es bei staatlicher Kreditvergabe und Verschuldung nicht nur um finanzielle und wirtschaftliche, sondern auch um politische, rechtliche und ethische Fragen geht.

In diesem Kontext ist es notwendig:

- weiter am Konzept der illegitimen Schulden zu arbeiten und dabei hilfreiche Kriterien zu nutzen, die neben anderen Quellen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und der Arbeit der UNCTAD und anderer Organisationen gefunden werden können;
- mit der Vision, eine neue Finanzstruktur zu schaffen, die den Menschen dient und nicht umgekehrt, die Schaffung völkerrechtlicher Bestimmungen zur Kontrolle der Darlehens- und Kreditbedingungen zu ermutigen. Diese Bestimmungen sollten das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung von Kreditnehmer und -geber beinhalten, um sicherzustellen, dass alle Kredit- und Darlehensgeschäfte der Bevölkerung der Schuldnerländer zugute kommen;
- ein effizientes System der Überprüfung aller staatlichen Kredittransaktionen zu gewährleisten;
- in jedem Schuldvertrag die volle und aktive Beteiligung der Bevölkerung des Schuldnerlandes

durchzusetzen. Dies muss in jedem Land durch rechtliche Mechanismen geschehen, die das Recht auf freie und umfassende Information über Verträge und Verpflichtungen gewährleisten.

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Aus diesem Grund ruft die Elfte Vollversammlung alle Kirchen der lutherischen Gemeinschaft wie auch den LWB auf:

- mit Mut und Entschlossenheit die Rolle, die die Kirchen im Blick auf die ethisch-moralische Wegweisung in Fragen wie Auslandsschulden und Wirtschaftsführung übernehmen sollten, anzunehmen;
- die im Zusammenhang mit illegitimen Schulden eingegangene Verpflichtung weiterzuführen und zu vertiefen und dabei auch die Ursachen und Auswirkungen der aktuellen internationalen Finanzkrise zu analysieren und zu reflektieren;
- die Durchführung von Audits, die Überprüfung von Verträgen, die Erfassung von Gläubigern und alle zur Aufdeckung und Annullierung aller illegalen oder illegitimen Schulden erforderlichen Mechanismen sowohl durch ökumenische als auch andere zivilgesellschaftliche Akteure zu fördern und anzustossen;
- alle Regierungen und alle öffentlichen und privaten Kreditgeber aufzufordern, das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung als grundlegende Frage der Gerechtigkeit zu akzeptieren und umzusetzen und dies in ihren regulatorischen Rahmenbedingungen zum Ausdruck zu bringen;
- das Recht auf Information sowie die Anerkennung der unverzichtbaren Rolle der Zivilgesellschaft bei der Mobilisierung des politischen Willens und Vorschlägen für und Unterstützung von rechtlichen Interventionen im Zusammenhang mit illegitimen Schulden zu fördern;
- das Ersuchen um eine Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zur Verschuldung und deren regulatorischem Rahmen im Völkerrecht mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern. Dies ist eine notwendige Massnahme, die dazu beitragen wird,

rechtliche Rahmenbedingungen für Kreditvergabe und Verschuldung in Vergangenheit und Zukunft zu schaffen; und

- sich der grundlegenden Aufgabe zu stellen, für den Aufbau einer neuen internationalen Finanzarchitektur einzutreten, die auf Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte und der Umwelt basiert.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: die öffentliche Erklärung zu den Todesfällen auf der Duisburger Loveparade anzunehmen.**

Es folgt der Text der öffentlichen Erklärung im angenommenen Wortlaut:

### **ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZU DEN TODESFÄLLEN AUF DER DUISBURGER LOVEPARADE**

### **BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG**

Die Elfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Stuttgart bringt den Angehörigen derer, die am 24. Juli in Duisburg am Eingangstunnel zum Loveparade-Festival ihr Leben verloren haben, ihr tiefes Mitgefühl zum Ausdruck. Die an der Vollversammlung teilnehmenden Kirchenvertreter/innen aus 79 Ländern der Welt sind zutiefst erschüttert und traurig über dieses schreckliche Unglück, das 19 Todesopfer und mehr als 340 Verletzte gefordert hat.

Wir haben in unseren Sonntagsgottesdiensten in verschiedenen Stuttgarter Gemeinden für die Familien der Opfer und die schnelle Genesung derer gebetet, die in Duisburg – körperlich und psychisch – verletzt worden sind, und bitten Gott weiter um Trost für die Hinterbliebenen. Wir sprechen den Einsatzkräften, die Leben gerettet und den Verletzten geholfen haben, Trost und Mut zu. Und wir beten, dass die Lehren, die aus den tragischen Ereignissen dieses Tages gezogen werden können, untersucht und beherzigt werden, damit solche Tragödien in Zukunft vermieden werden können. Wir beten für alle Opfer weltweit.





In einer Plenarsitzung schlägt Bischof Naison Shava, Evangelisch-Lutherische Kirche in Simbabwe, eine Änderung der Vollversammlungsresolution zum Thema Ernährungsgerechtigkeit vor.  
© LWB/ J. Latvia-Hakuni

# An den LWB-Rat verwiesene Themen der Elften Vollversammlung

Die Vollversammlung hat

## **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **FÖRDERUNG NACHHALTIGER PRAKTIKEN**

Im Lichte der Verpflichtung des LWB zu ökologischer Nachhaltigkeit wird gefordert, dass:

- der LWB sein Engagement in einer Reihe von Bereichen verstärkt, damit der LWB seinen Standards in Bezug auf Nachhaltigkeit in Umweltfragen gerecht wird;
- der LWB in den nächsten vier Jahren testweise eine virtuelle Exekutivtagung durchführt, um die

Machbarkeit virtueller Tagungen zu erproben, die wirtschaftlich wie ökologisch Ressourcen schonen könnten. Wir rufen den Rat auf, Empfehlungen auszusprechen, die sicherstellen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zukünftige Vollversammlungen in ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Weise abzuhalten;

- die Gemeinschaft fairen Handel und nachhaltige Produkte fördert und selbst kauft. Gleichermassen fordern wir, dass der LWB sicherstellt, dass er Nahrungsmittel, Snacks, Kaffee, Geschenke und so weiter verwendet, die, wenn möglich, fair produziert wurden – was oft mit dem Fair Trade-Gütesiegel in Verbindung steht;
- Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser angeboten wird, wenn die Qualität des Leitungswassers dies erlaubt;

- die Mahlzeiten während Tagungen und Vollversammlungen aus Produkten zubereitet werden, die vor Ort und biologisch erzeugt wurden;
- während Treffen und Vollversammlungen, die sich über mehrere Tage erstrecken, auch ganz vegetarische Mahlzeiten angeboten werden und dass der LWB ausserdem alle Teilnehmenden ermutigen soll, als Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit das vegetarische Angebot zu wählen.

Mit Blick auf Recycling und die Verteilung von Materialien wird gefordert, dass:

- sowohl im LWB-Sekretariat als auch während Tagungen und Vollversammlungen Mülltrennung gefördert und praktiziert wird;
- das Verpacken von Nahrungsmitteln und Geschenken wenn möglich vermieden wird;
- gedruckte Materialien nur wenn unbedingt notwendig ausgeteilt werden und Bücher und Broschüren nicht grosszügig verteilt werden, sondern nur an diejenigen ausgegeben werden, die sie wirklich haben wollen.

Hinsichtlich der Tagungsstätten wird gefordert, dass:

- immer ökologisch bessere und nachhaltigere Alternativen zu den vorgeschlagenen Tagungs- und Vollversammlungsstätten geprüft werden;
- Hotels und Kongresshallen bevorzugt werden, die Umweltbewusstsein und Umweltverträglichkeit aufweisen. Das bedingt auch die Prüfung der Möglichkeit, Tagungen online abzuhalten.

Die Vollversammlung fordert des Weiteren:

- Dass Mitgliedskirchen nur in ethische und umweltfreundliche Fonds und Kapitalanlagen investieren.
- Dass der LWB und seine Mitgliedskirchen neue Bankangebote prüfen, wobei insbesondere auf ethisches (z.B. niedrige Managerboni und keine Belohnung von Gier) und nachhaltiges Vorgehen (z.B. kein Beitrag zur Finanzkrise) geachtet werden soll.
- Dass der Rat eine öffentliche Erklärung formuliert, die Gier, soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel und agrarökologische Ansätze zur Produktion, Verteilung und Verwendung von Nahrungsmitteln anspricht.
- Dass der Rat sicherstellt, dass die Umweltpolitik des LWB auch andere notwendige Bereiche umfasst, um möglichst umfassend zu sein.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **PROFILIERUNG DES LWB UND DER BEITRAG DER JUGEND**

Die Elfte Vollversammlung ruft dazu auf, regionale Ausschüsse für die Übersetzung aller Dokumente in die offiziellen Sprachen einzurichten. Zu diesem Zwecke soll der LWB professionelle und freiwillige Übersetzer und Übersetzerinnen, die von den Regionen ausgewählt wurden, benennen, und deren Dienste nutzen.

Die Elfte LWB-Vollversammlung ruft den LWB auf, die Einrichtung ständiger regionaler oder sub-regionaler Jugendausschüsse in allen LWB-Regionen in Erwägung zu ziehen. Diese Ausschüsse sollten regelmässig Jugendkonferenzen auf regionaler Ebene organisieren, um so eine stärkere Identifikation junger Menschen mit dem LWB zu ermutigen und ihre Mitwirkung im LWB zu verstärken.

Des Weiteren sollen alle Plenen der Vollversammlungen über die ausgewogene Vertretung der Geschlechter in der Jugenddelegation Bericht erstatten.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

### **ERNEUERUNG DER GEGENWÄRTIGEN FORM DER VOLLVERSAMMLUNG**

Die Elfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes fordert den Rat auf, einen Ausschuss einzurichten (entsprechend der festgelegten Quoten), der die Möglichkeiten zur Erneuerung der gegenwärtigen Form der Vollversammlung prüft, mit dem Ziel, den demokratischen Einfluss der teilnehmenden Delegierten zu vergrössern.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

## ÖKUMENISCHE KONZILIARE ZUSAMMENARBEIT

Die Elfte Vollversammlung nahm den Bericht des Erneuerungsausschusses zur Kenntnis, insbesondere Absatz 12.

Radikale Veränderungen in der weltweiten ökumenischen Landschaft geschehen sehr schnell. Einige ökumenische Organisationen leiden darunter und manche kämpfen mit Problemen in Zusammenhang mit ihrem Fortbestand.

Künftig wird die Stärkung der Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) für den LWB sehr wichtig sein.

Daher wird der Rat aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen, kommende LWB-Vollversammlungen im erweiterten Rahmen der ÖRK-Vollversammlungen stattfinden zu lassen, zusammen mit anderen konfessionellen Organisationen.

Angesichts schwindender finanzieller Mittel wird es in naher Zukunft immer dringender werden, eine genauere Definition und Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der verschiedenen ökumenischen Organisationen anzustreben. Dieser Prozess erfordert, den Reichtum der verschiedenen Identitäten dieser Organisationen in Betracht zu ziehen, um der ganzen ökumenischen Gemeinschaft Nutzen zu bringen.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

## THEOLOGISCHE AUSBILDUNG

Mit Bezug auf den Bericht des Erneuerungsausschusses, besonders Anlage II, Annex II, wird anerkannt, dass die theologische Ausbildung von Führungspersonlichkeiten im Lutherischen Weltbund für alle Mitglieder der Gemeinschaft notwendig ist.

Die Elfte Vollversammlung fordert den LWB-Rat auf, der theologischen Ausbildung zentrale Priorität zuzuerkennen und sie zum Wohle der gesamten Gemeinschaft regelmässig zu bewerten.

Die Vollversammlung hat

### **BESCHLOSSEN: an den Rat zu verweisen**

Es folgt die an den Rat verwiesene Resolution im angenommenen Wortlaut:

## EIN TREFFEN VON JUGENDDLEGIERTEN DER VOLLVERSAMMLUNG

In ihrer schwungvollen Vorstellung boten die Jugenddelegierten und -teilnehmenden dieser Vollversammlung ihren Enthusiasmus und ihr Wissen nicht nur zum Dienst in ihren Kirchen an, sondern auch für den LWB im Allgemeinen. Verschiedentlich wurden Fragen gestellt, wie dem LWB in den örtlichen Kirchen und Kontexten zu mehr sichtbarer Präsenz verholfen werden kann.

Viele der Jugenddelegierten befinden sich noch in der Ausbildung. Sie werden lange vor der nächsten Vollversammlung umgezogen sein und andere Aufgaben übernommen haben, so dass ihre Erfahrungen und Leistungen verloren gehen könnten.

Die Vollversammlung ruft den LWB deshalb auf, ein Treffen der Jugenddelegierten in zwei bis drei Jahren zu planen. Ein solches Treffen soll einen Bericht über die Leistungen der vergangenen zwei bis drei Jahre formulieren, insbesondere darüber, wie die in Stuttgart gefassten Beschlüsse umgesetzt wurden.

Dieser Bericht liefert dem Rat ein nützliches Feedback, während durch die Zusammenarbeit ein Netzwerk aufgebaut wird, das dazu beiträgt, zukünftige Führungspersonen hervorzubringen. Wenn dieses Jugendtreffen sorgfältig vorbereitet wird, verleiht es auch dem LWB weltweit mehr sichtbare Präsenz in der eher langen Zeit zwischen dieser und der nächsten Vollversammlung (ähnlich dem deutschen Kirchentag oder den "Papa-boys").

